

NIEDERSCHRIFT

der 15. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Tagewerben am 07.07.2021

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Beginn: 19:30 Uhr

Ort: Gemeindebüro Tagewerben, Straße des Friedens 9

Ende: 20:50 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ortschaftsrates und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 5 Abfallrechtliches Plangenehmigungsverfahren für die Deponie Tagewerben - Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens 106/2021
- TOP 6 Information aus dem Stadtrat und den Ausschüssen
- TOP 7 Beantwortung von Anfragen
- TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

- TOP 9 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- TOP 10 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ortschaftsrates und der Beschlussfähigkeit

Die Ortsbürgermeisterin Frau Veith eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Tagewerben. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 5 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift vom 17.03.2021 wird einstimmig bestätigt.

5. Abfallrechtliches Plangenehmigungsverfahren für die Deponie Tagewerben - Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Herr Patzschke führt zur Historie aus und erläutert, wie das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung der Anlage entstanden ist. Damals wurde ebenfalls auf eine ordnungsgemäße Verfüllung, Aufbringen von Muttererde und Herstellen einer landwirtschaftlichen Fläche gedrängt. Durch Gesetzesänderungen haben sich die Formalitäten zur Beantragung der Verfüllung verändert. Mit der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens wird die Stadt Weißenfels durch den Verfahrensführer Burgenlandkreis angehört. Die Stadt Weißenfels hat nun Punkte zusammengetragen, welche bei der Genehmigung berücksichtigt werden sollten. Ob der Landkreis sich den Anforderungen anschließt bleibt abzuwarten.

Frau Gäßler teilt mit, dass der Stadtentwicklungsausschuss sowie der Umweltausschuss ihre Entscheidung vertagt haben. Der Stadtrat soll am 15.07.2021 einen Beschluss fassen. Wenn die Verwaltung nicht fristgemäß eine Stellungnahme abgibt, gilt das gemeindliche Einvernehmen uneingeschränkt als erteilt.

Auf der Fläche wird es keine Landwirtschaft geben. Es wird eine hügelartige Fläche mit Magergras entstehen. Eine Mahd oder Beweidung ist vorstellbar.

Herr Schulze fragt an, weshalb auf einer ehemaligen Deponiefläche keine Landwirtschaft entstehen kann. Dazu führt Frau Veith aus, dass eine Schicht Geotextil verlegt wird. Bei einer Bepflanzung würde diese Schicht zerstört werden.

Herr Kerstan äußert Bedenken zur Befüllung der Fläche. Eine strenge Kontrolle der Vorgaben ist unbedingt notwendig.

Frau Veith hat im Internet recherchiert und Ergebnisse zu Kontrollen auf Deponien im Burgenlandkreis gefunden. Die Auflistung lässt vermuten, dass die Kontrollen streng erfolgen und auch Konsequenzen bei Missachtung der Vorgaben folgen. Zum ansässigen Betreiber, welche bereits eine Deponie in Uichteritz betreibt, konnten keine Auffälligkeiten gefunden werden. Weiter bittet Frau Veith unbedingt zu klären, welche Ausbaulänge die Zufahrtsstraße haben soll. In derselben Straße sind weitere Firmen ansässig, welche von einem gesamten Ausbau profitieren.

In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, dass max. 24 LKW-Fahrten pro Tag und max. 6 LKW's pro Stunden beantragt sind.

Der Ortschaftsrat stellt fest, dass unter Maßgabe der LKW-Fahrten pro Tag die Verfüllung Jahre andauern wird und auf einer Teilfläche der Kiesabbau fortgeführt wird.

In der weiteren Diskussion wird besprochen, dass die bisherigen Deponien offensichtlich nicht ausreichen und weitere entstehen müssen. Jedoch muss eine strenge Kontrolle durch die Behörden durchgeführt werden. Auch die erhöhte Staubbelastung ist dabei zu beachten. Der Ausbau der Zufahrtsstraße sollte zur Bedingung der Genehmigung gemacht werden.

Der Ortschaftsrat ergänzt die vorbereitete Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der Ausbaulänge der Zufahrtsstraße.

Beschluss-Nr. TW 028-15/2021

Der Ortschaftsrat Tagewerben empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels folgende Stellungnahme zu beschließen:

1. Die Stadt Weißenfels erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung und zum Betrieb einer Deponie der Klasse 0 (DK 0) im Kiessandtagebau Tagewerben unter dem Vorbehalt, dass durch das Vorhaben keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden und die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege und des Bodenschutzes nicht beeinträchtigt werden.
2. Die Stadt Weißenfels fordert die Prüfung der möglichen einzulagernden Abfallarten durch die zuständige Untere Abfall-, Boden- und Immissionsschutzbehörde.
3. Die Stadt Weißenfels fordert die Überwachung der Einlagerung der Abfälle durch die zuständige Untere Abfall-, Boden- und Immissionsschutzbehörde.
4. Der Ausbau der Zufahrtsstraße „Happberg“ zur Deponie/Kiesabbaufläche ist durch den Vorhabenträger mit einer Fahrbahnbreite von 6,0 Metern und einer Belastungsklasse von 3,2 **von der Kreisstraße bis zur Ein- und Ausfahrt des Firmengeländes** herzustellen. Der Straßenaufbau ist mit der Abteilung Tiefbau abzustimmen.

Sollte der geforderte Ausbau nicht erfolgen, müssten zum Schutz des Straßenbelages die Verkehrslasten auf 7,5 Tonnen begrenzt werden.

Abstimmung: dafür: 4 dagegen: 0 Enthaltung: 1

6. Information aus dem Stadtrat und den Ausschüssen

Herr Patzschke informiert, dass die erneute Beratung zur Hauptsatzung nur mit auserwählten Ortsbürgermeistern stattgefunden hat. Die Ortschaften sollen demnach mit Mitteln für investive Maßnahmen ausgestattet werden. Die erarbeitete Formulierung liegt nun zur Prüfung bei der Kommunalaufsicht.

Weiterhin beschäftigt sich der Antrag mit einer Vielzahl von Anträgen zu den verschiedensten Themenfeldern.

7. Beantwortung von Anfragen

Folgende Beantwortung liegt schriftlich vor:

- Kostenstelle Gemeindebüro

8. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin:

- Nach den derzeitigen Regelungen sind die Dorfgemeinschaftshäuser für die private Nutzung freigegeben. Eine private Nutzung war im Dorfgemeinschaftshaus Tagewerben bisher nicht möglich. Es wird um Auskunft gebeten, ob nun eine Vermietung stattfinden kann.
- Zu erfolgten Baumfällungen und Neuanpflanzungen informiert Frau Veith und hatte die Ortschaftsräte bereits per E-Mail informiert.
- Das Anliegen zur Entwidmung des Roßbacher Weges und Festlegen einer Anliegerstraße ist in Bearbeitung.
Herr Patzschke teilte mit, dass der Roßbacher Weg außerhalb der Ortslage Tagewerben mit Tempo-30-Schildern versehen war. Aufgrund der Straßenschäden sollte die Beschilderung unbedingt wieder ergänzt werden.

- Laut Herrn Arning werden am „Weg zum Steinbergsanger“ und „Thomas-Müntzer-Weg“ Verkehrsspiegel angebracht.
In diesem Zusammenhang wies Frau Veith daraufhin, dass dem Ortschaftsrat noch keine neuer Sachstand zur Plateauaufpflasterung im Weg zum Steinbergsanger bekannt ist. Es wäre schön, wenn seitens der Verwaltung der derzeitige Sachstand dem Ortschaftsrat mitgeteilt würde.
- Bei Google Maps ist das Wohngebiet „Am Wachhügel“ nicht als „Sackgasse“ angegeben. Dies sollte zeitnah gemeldet werden. Es kam dadurch schon zu verspäteten Rettungseinsätzen.
- In der Vergangenheit war es oft schwierig den zuständigen Mitarbeiter zur Thematik Müllablagung ausfindig zu machen. Dies brachte nur zahlreichen Schriftverkehr zwischen Verwaltung und Ortschaft mit sich. Daher ist es hilfreich, wenn ein zentraler Ansprechpartner benannt wird, welcher anschließend intern die Zuständigkeiten klärt und das Problem löst. Der Burgenlandkreis verfügt über ein System zur Meldung von Müllablagung. Es wird gefragt, wie die Stadt mit dieser Problematik umgehen will.
- Im Wohngebiet „Am Wachhügel“ wurde ein beschädigtes Spielgerät abgebaut. Frau Veith möchte wissen, ob ein neues Spielgerät angeschafft und aufgebaut wird.
- Zu den beiden Teichen im Ort wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass es sich hierbei nicht mehr um Löschwasserteiche handelt und demzufolge eine Reinigung durch die Verwaltung nicht veranlasst wird. Jedoch ist an beiden Teichen nach wie vor die Beschilderung „Löschwasserteich“ angebracht. Es wird angefragt, weshalb die Teiche nun nicht mehr der Löschwasserentnahme dienen.
Weiter wird mitgeteilt, dass die Löschwasserentnahmestelle an der Schule stets zugeparkt ist. Dort wird eine bessere Beschilderung der Stelle vorgeschlagen.

Herr Kerstan bittet um eine Übersicht zum Wahlergebnis im Wahllokal Tagewerben zur Landtagswahl.

Herr Patzschke bittet um einen aktuellen Sachstand zur Grundstücksangelegenheit „Eichbaum“. In diesem Zusammenhang wird an den Unfall eines Gemeindearbeiters erinnert, welcher mit dem Fahrzeug das Tor beschädigt hat. Herr Kerstan hatte damals zeitnah ein Angebot zur Reparatur unterbreitet, jedoch bisher keine Antwort erhalten.

Öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

9. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es sind keine Einwohner mehr anwesend.

10. Schließung der Sitzung

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.

Ines Veith
Vorsitzende

Anja Bechmann
Protokollführerin